

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 87 (1993)
Heft: 4

Artikel: Zur neuen Welt(un)ordnungspolitik : fünf Thesen aus feministischer Sicht
Autor: Madörin, Mascha
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143760>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur neuen Welt(un)ordnungspolitik

Fünf Thesen aus feministischer Sicht

Machtverhältnisse verlagern sich zunehmend von der nationalstaatlichen auf die internationale Weltwirtschaftsebene. Damit einher gehen die Verarmung der «Dritten Welt», die ganz besonders die Frauen trifft, aber auch ein Verlust an demokratischen Entscheidungsprozessen. In fünf Thesen untersucht Mascha Madörin die gängigen Wirtschaftstheorien auf deren Frauenverachtung und setzt sich mit den Folgen der Anwendung dieser Theorien auseinander. Der Text ist die gekürzte und bearbeitete Fassung eines Referats, das die Autorin am 2. Oktober 1992 im Wiener Rathaus vorgetragen hat.

Red.

Feminismus als radikales Fragen nach Lebensrealitäten und Handlungsstrategien von Frauen

Zuerst möchte ich klären, was ich unter «feministischer Sicht» verstehe. Ich denke, feministische Sicht heisst in erster Linie, radikal nach Alltagsrealitäten und nach Handlungsstrategien von Frauen zur Bewältigung des Alltags zu fragen. Es ist eine grosse Errungenschaft der neuen Frauenbewegung, dass sie die Einsicht gewonnen hat, dass sexuelle Gewalt, Verachtung und Entwertung von Frauen ein zentraler Teil von Alltagsrealitäten sind. Der Alltag von Frauen ist auch ganz anders strukturiert als der Alltag von Männern – das ist ebenfalls eine wesentliche Einsicht der Frauenbewegung. Das Leben wird von Frauen anders gelebt, gefühlt und gedacht, und die Lebenszeit ist anders eingeteilt. Feminismus heisst *radikale Anerkennung der Lebensrealität von Frauen*. Im Wort «Anerkennung» steckt zum einen das «Kennen», das Wissen um Verhältnisse, zum anderen bedeutet «Anerkennung», den Lebensrealitäten von Frauen öffentliches Gewicht in der Wirtschaftspolitik, in der Politik überhaupt zu geben.

Ein zweiter Aspekt von feministischer Sicht ist, nach Zusammenhängen zu fragen, die den Alltag der Frauen prägen.

Wenn wir über diese Zusammenhänge reden, machen wir uns Vorstellungen darüber, wie *gesellschaftliche Strukturen* (z.B. familiäre Strukturen, die Arbeitsverhältnisse oder eben der Weltmarkt) wirken und wie stark.

Ein dritter Aspekt feministischer Sicht heisst, Herrschaftsverhältnisse in Frage zu stellen und eine *Politik der Befreiung* bzw. Überlegungen zu einer Praxis der Politik der Befreiung von Frauen in Gang zu setzen.

Ich habe fünf Thesen zur Weltwirtschaftsordnung oder vielmehr -unordnung aufgestellt.

1. Weltwirtschaft: eine (neue) Form des Patriarchats

Zunehmend werden Alltagsverhältnisse, sowohl für Männer als auch für Frauen im Norden, Süden wie auch im Osten auf der *Weltmarkt- und Weltfinanzebene* entschieden. In der Geschichte sind Machtverhältnisse nicht immer die gleichen gewesen. Im letzten Jahrhundert haben beispielsweise familiäre Verhältnisse, wie das Vater-Patriarchat, für die Frauen eine viel grössere Rolle gespielt als heute. Später dominierte das Ehemann-Patriarchat, und heute gewinnt das öffentliche Patriarchat, der Staat, an Bedeutung. Meine These ist, dass es

zunehmend Entscheidungen auf Weltwirtschaftsebene sind, durch die Frauen diskriminiert, ausgebeutet und unterdrückt werden.

Wirtschaftsmechanismen, die von der Geldökonomie geprägt sind, spielen eine immer grössere Rolle. Da stellt sich unter anderem die Frage, wer überhaupt Geld hat. Wenn wir die Einkommensverteilung auf Weltebene ansehen, weder nach Ländern, noch nach Männern und Frauen unterschieden, dann sehen wir, dass die 20 Prozent reichsten Personen 83 Prozent des Welteinkommens kontrollieren, 82 Prozent des Welthandels, 85 Prozent der Geschäftskredite, 81 Prozent der inländischen Ersparnisse und 80 Prozent der inländischen Investitionen. Wer vom *Marktmechanismus* spricht, sagt *Entscheidungsmacht der 20 Prozent reichsten Menschen der Welt*. Unterscheiden wir zwischen Norden und Süden, so können wir feststellen, dass im Nordwesten, also hauptsächlich in den OECD-Ländern (die Länder Europas und Japan gehören dazu, ebenso Kanada, Nordamerika, Australien) und in ein paar Ölscheichtümern 15 Prozent der Weltbevölkerung leben, die 85 Prozent des Welteinkommens kontrollieren. Alle anderen Länder, einschliesslich einer korrupten reichen Elite, sei es in Brasilien, in Afrika oder sonstwo, kontrollieren insgesamt nur 15 Prozent des Welteinkommens.

Wenn wir «Weltmarkt» sagen, heisst das «Dominanz des Nordens».

Unterscheiden wir die *Einkommensverteilung nach Männern und Frauen*, so stellen wir fest, dass Männer, also die Hälfte der Weltbevölkerung, weltweit 90 Prozent des in Geld gemessenen Einkommens und 99 Prozent des in Geld gemessenen Vermögens kontrollieren. Wenn wir von Weltmarktregelung sprechen, dann sind das Regelungen nach dem Gesichtspunkt von Personen, die vor allem im Nordwesten wohnen und hauptsächlich männlichen Geschlechts sind. In einer groben Rechnung habe ich geschätzt, dass etwa die Hälfte des Welteinkommens von 3 bis 4 Prozent der

Bevölkerung, vorab Männern, aus dem Nordwesten kontrolliert wird.

Wenn immer mehr durch Geld, durch die Warenökonomie geregelt wird, stellt sich die Frage, was das für die Regelung von sozialen und ökologischen Problemen heisst. *Geld* ist eine *lineare und zeitlose Masseinheit*. Geld kennt den Tod und die Zerstörung nicht. Wie messen Sie den Verlust eines Kindes, das im Süden verhungert, in Geld? Oder wie messen Sie den Wert einer Vielfalt von Vogelarten? Die Kritik, die Feministinnen an den Naturwissenschaften formulieren: dass diese ein völlig reduktionistisches, eindimensionales Zusammenhangsverständnis haben, kann auch auf die Geld-Waren-Ökonomie angewandt werden.

Weltmarkt bedeutet auch *Kontrolle durch die mächtigen Wirtschaftskreise*. Etwa knapp 40 Prozent des Welthandels (also des Handels zwischen den Ländern, nicht des Handels in den Ländern selbst) wird heute konzernintern abgehandelt. Konzerne beliefern sich selbst, was heute einer der wichtigsten Transfermechanismen des Reichtums vom Süden in den Norden ist. Die Konzerne können die internen Verrechnungspreise selbst festlegen, und sie tun das nach Steuerprinzipien. Wo die Gewinnsteuern niedrig sind, wie etwa in der Schweiz, da werden die Preise so verrechnet, dass die Gewinne hier anfallen – und nicht in Brasilien.

Zum anderen heisst Weltmarkt zunehmend Kontrolle durch die Banken und den Finanzsektor, der heute, rein ökonomisch gesehen, im Verhältnis zum Produktionssektor eine sehr viel grössere Rolle spielt, als das jemals in der Geschichte des Kapitalismus der Fall war. Zunehmend wird Reichtum nicht mehr via Ausbeutung der Arbeitskraft im Arbeitsprozess, sondern mittels anderer Mechanismen transferiert: vom Süden in den Norden vor allem über Währungs- und Handelsmechanismen und über die internationale Zinspolitik. In der Schweiz wird sehr viel Reichtum von der gewöhnlichen Bevölkerung über die Mieten abgezogen, da die Immobilienverschuldung bei uns sehr hoch ist.

Ein weiterer Aspekt der hervorragenden Rolle des Weltmarktes ist, dass *internationale Institutionen* zunehmend jene wirtschaftspolitischen Entscheidungen, die überhaupt noch auf politischer Ebene gefällt werden, von den Nationalstaaten übernehmen. Für Frauen bedeutet das noch viel geringere Einflussmöglichkeiten. In der Weltbank gibt es einen Frauenanteil von 90 Prozent beim Büropersonal, 15 Prozent bei den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern, 10 Prozent beim mittleren Kader, und 5 Prozent beim Topkader. Diejenigen, die effektiv die wirtschaftspolitischen Entscheidungen fällen, sind Männer.

Das zweite ist, dass alle diese Entscheidungen *hinter verschlossenen Türen* gefällt werden und einer politischen Öffentlichkeit, auch einer kritischen Frauenöffentlichkeit nicht bekannt sind. In den USA haben Umweltorganisationen durchgesetzt, dass die Regierung ab 1992 keinem Kredit der Weltbank zustimmen darf, wenn nicht vorher eine Umweltbelastungsevaluation durchgeführt und veröffentlicht wird. Das bedeutet, dass die Umweltorganisationen bis zu einem gewissen Ausmass die US-Regierung blockieren können. Aber Evaluationen, die die Wirtschaftspolitik der Weltbank und des IWF nach ihrer Frauenschädlichkeit untersuchten und die öffentlich, für internationale Frauennetze zugänglich wären, gibt es noch nicht.

Ein weiterer Aspekt der Weltmarktdominanz ist, dass es ein *einheitliches Weltinterpretationsschema* gibt. An dieser Stelle muss ich etwas zur *Konquista* sagen. In der ersten Phase der Missionierung der Länder der «Dritten Welt» bestand eine der Techniken der Kolonialisierung darin, dass die Söhne der Chefs, also der führenden Leute der Gesellschaften in den Kolonien exklusiv Religionsunterricht bekamen, um sich das neue Denken anzueignen und dann gegenüber den Frauen, aber auch gegenüber den anderen Männern als Träger der neuen Herrschaftsideologie zu fungieren. Heute läuft das nicht mehr über die Religion, sondern über die Wirtschaftstheorie. Es ist nicht nur so, dass heute beispiels-

weise Schulden in Naturschutzgebiete umgetauscht werden können, sondern Schulden können auch in den Anspruch auf Ausbildung von Studenten aus der «Dritten Welt» umgetauscht werden. Es gibt ein Schuldenswapabkommen («swap» heisst Umtausch) mit Mexiko. Führende amerikanischen Universitäten, an denen die moderne neoliberale Ökonomie gelehrt wird, kaufen Schulden des mexikanischen Staates auf, und der mexikanische Staat verpflichtet sich im Gegenzug, seine besten Ökonomie-Studenten zur Ausbildung an die Universitäten in die USA zu liefern. Das läuft dann selbstverständlich unter dem Motto Entwicklungshilfe.

2. Verlagerung der Entscheidungen vom öffentlichen in den privaten Bereich

Die zweite These ist eine Spezifizierung der ersten. Nationalstaatliche wirtschaftspolitische Entscheidungen werden immer mehr vom öffentlichen in den privaten Bereich (Absprachen von Wirtschaftseliten) bzw. auf Entscheidungsmechanismen des Marktes verschoben. Die Politik wird zunehmend ökonomisiert.

Ein solcher Mechanismus ist die *sogenannte Deregulierung*. Die ökonomische Bedeutung des Staatsapparates wird reduziert. Dazu möchte ich ein Beispiel aus Europa nennen: Beim Ministertreffen im Mai 1992 hat die OECD einen Bericht über den Arbeitsmarkt vorgestellt. Darin wurde festgestellt, dass es auf dem Arbeitsmarkt in den Industrieländern zwei Tendenzen gibt:

Die eine Tendenz ist in den *USA* festzustellen. Dort gibt es nur noch schwache Gewerkschaften und keine Gesamtarbeitsverträge. Das bedeutet, dass die Unternehmen auf Billigstarbeitskräfte zurückgreifen und die angestammte Arbeiterschaft, meistens einheimische Männer, hinauswerfen. Das heisst, dass die Frauen – betrachten wir Statistiken über die Durchmischung der Arbeitsplätze nach Frauen und Männern – mehr Chancen haben, in traditionelle, auch qualifizierte Arbeitsbereiche

der Männer zu kommen. Auch Immigrierte haben mehr Chancen als auf den Arbeitsmärkten des europäischen Kontinents. Aber sehen wir die Lohnstatistiken an, dann wird deutlich, dass Frauen in den USA stärker diskriminiert sind. Die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen sind grösser als auf dem europäischen Kontinent.

In *Europa* ist es tendenziell eher umgekehrt. In der BRD und in Italien gibt es starke Gewerkschaften und Gesamtarbeitsverträge. Das heisst, dass die Unternehmen weniger Frauen oder Immigrierte anstellen, aber wenn sie angestellt werden, sind sie lohnmassig weniger diskriminiert. Laut OECD wäre Schweden der Idealtypus, weil es in Schweden beides gibt – geringere Lohnunterschiede und einen hohen Grad an Integration von Frauen und Immigrierten in den Arbeitsmarkt. Ebenfalls laut OECD ist diese Situation durch die zentrale Rolle des Staates als Arbeitgeber sowie durch die Sozialpolitik bedingt, da Frauen und Immigrierte durch Förderungsprogramme und Quotierungen gefördert werden.

Zu welchem Schluss kommt die OECD? Sie sagt: Leider seien die objektiven Bedingungen so, dass jetzt eben die Staatsausgaben beschränkt werden müssten; folglich sei eigentlich das US-Modell der massiven Lohn-Diskriminierung, der Entrechtung der Arbeitenden, des Abbaus der Gewerkschaftspolitik das bessere Modell, weil es Frauen und Immigrierte in den Arbeitsmarkt integriere.

Deregulierung wirkt sich in Lateinamerika, in den USA und in England in einer besonderen Weise auf Frauen aus. Hier haben wir zunehmend das Faktum, dass *Männer entlassen und Frauen zu absoluten Billigstlöhnen angestellt* werden. Mit diesen Billigstlöhnen müssen die Frauen ihre Familien unterhalten. Effekt dieser Politik ist, dass immer mehr Männer ihren Frauen davonlaufen, weil sie auch ihrer traditionellen Pflicht, etwas zum Familienunterhalt beizusteuern, nicht mehr nachkommen können. Die Strategie von Männern ist in der Regel, wenn es kompliziert wird, da-

vonzulaufen. Frauen fühlen sich viel eher verpflichtet, für die Kinder zuständig zu sein. Das ist schlechthin die Möglichkeit, Frauen ökonomisch zu erpressen.

Wir können lange über staatliche Massnahmen, über Gleichstellungspolitik und positive Diskriminierung reden – und es ist auch richtig, wenn wir darüber reden. Aber über ökonomische Mechanismen wird sehr vieles, was Frauen erreicht haben, rückgängig gemacht. Das ist einer der Gründe, weshalb zwei Drittel der Frauen in Dänemark, also überproportional viele Frauen, gegen «Maastricht» gestimmt haben.

Wie gesagt, die Entscheidungen verlagern sich von der öffentlichen, nationalstaatlichen Politik auf eine Politik hinter verschlossenen Türen. In den USA wie auch in der EG sind Entscheidungen immer mehr durch Lobbys beeinflusst, durch Verhandlungen, die in den Vorzimmern der eigentlichen Entscheidungsinstanzen stattfinden. Und es ist ganz klar, dass Frauen keine internationalen Lobbystrukturen haben.

3. Erpressung mit der Verschuldung

Neu an der Welt(un)ordnungspolitik ist, dass die Verschuldung der Dritten Welt zur Erpressungspolitik benutzt wird. Es wird eine Weltwirtschaftsordnung durchgesetzt, die alle Debatten um Verbesserung, mehr Gerechtigkeit, Veränderung der Weltwirtschaftsstrukturen zum Verschwinden gebracht hat. Diese Debatten, die in den sechziger und siebziger Jahren auf seiten des Südens ihren Höhepunkt fanden, haben einem Konzept Platz gemacht, das von rechtskonservativen Kreisen in den USA schon immer vertreten wurde. Gegenüber dem Süden haben IWF und Weltbank durch die sogenannte *Strukturanpassungspolitik* die nationalstaatliche Politik ersetzt. Das geht so weit, dass IWF und Weltbank im Rahmen von Verschuldungsverhandlungen Bedingungen stellen, die absolut nichts mit der Verschuldung zu tun haben. Auf die brasilianische Regierung oder auch auf Indien wird im Zuge der Verschuldungspolitik knallhart Druck ausgeübt, damit Indien

und Brasilien gentechnologischen Patentrezepten, die die Kontrolle von Konzernen über den Pflanzenreichtum garantieren sollen, zustimmen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass es zumindest seit dem Zweiten Weltkrieg und seit der Dekolonisierung immer eine sehr harte Auseinandersetzung zwischen Nord und Süd über die Weltwirtschaftsregelungen gegeben hat. Seit den 80er Jahren hat aber eine *riesige Umverteilung* zwischen Süd und Nord stattgefunden. Das Versprechen und die Perspektive der Nachkriegszeit, dass der Süden dieselben Konsumgesellschaften haben wird, kann offensichtlich nicht eingelöst werden.

1960 hatten die reichsten 20 Prozent ein 30fach höheres Einkommen pro Jahr als die ärmsten 20 Prozent; heute ist es 60mal so hoch. Nehmen wir an, die Weltwirtschaft wäre in den 50er Jahren gerecht gewesen (das war für afrikanische Länder zur Kolonialzeit, und sie war damals schon sehr ungerecht), und berechnen wir nun, wieviel seither an Reichtum vom Süden in den Norden transferiert wurde, dann kann man je nach Berechnungsart feststellen, dass der Reichtumstransfer das 13- bis 40fache der heutigen Verschuldung der «Dritten Welt» ausmacht. Einer Schätzung zufolge entspricht die Höhe des Kapitals, das seit 1982 vom Süden in den Norden transferiert worden ist, etwa dem Sechsfachen dessen, was nach dem Zweiten Weltkrieg an Marshall-Hilfe vor allem von den USA an die zerstörten Länder Europas geleistet wurde.

4. Frauen: Hauptbetroffene von Ausplünderung und Wirtschaftskrisen

Der Ausplünderungsgrad des Südens hat also zugenommen. Wir müssen uns fragen, wie sich das für *Frauen im Süden* auswirkt. Wenn Sie sich vorstellen, dass 1 Kilogramm Brot heute etwa 50 Franken oder 1 Kilogramm Reis etwa 25 Franken kosten; dass die Hälfte der Schulen, der Krankenhäuser, der Altersheime, aller sozialen Einrichtungen geschlossen werden; dass die Autobusse, Trams und Bahnen erstens

nicht mehr repariert werden, zweitens vielleicht schon um 8 Uhr abends aufhören zu fahren; dass die Subventionen für Frauenprojekte gestrichen werden; dass die Arbeitsplätze von Frauen beim Staat – als Krankenschwestern, Lehrerinnen, Ärztinnen und als Wissenschaftlerinnen – gestrichen werden; dass vor allem Kleinunternehmerinnen niemanden mehr finden, der ihre Produkte kauft, weil alle weniger Geld mehr haben; wenn Sie sich – kurz gesagt – vorstellen, dass sich Ihr Realeinkommen in den letzten Jahren halbiert hat, dann können Sie sich überlegen, was das real für Ihr Leben heisst. Dass Sie jetzt ihre Mutter pflegen müssen, anstatt sie im Spital oder im Altersheim pflegen zu lassen, dass Ihre Kinder nicht mehr zur Schule gehen können, dass Sie selbst keine Weiterbildung mehr machen können, dass Sie viel länger kochen müssen, denn Geld sparen bedeutet beim Kochen schlicht, länger zu arbeiten – wenn Sie sich das alles vorstellen, dann haben Sie vielleicht ein bisschen eine Ahnung, was die Weltwirtschaftskrise in den letzten Jahren für diese Frauen bedeutet.

Frauen sind viel stärker von Wirtschaftskrisen betroffen als Männer, und zwar, weil sie *mehrfache ökonomische Funktionen* ausüben. Frauen sind erstens Produzentinnen von Gütern, sei es als Unternehmerinnen, Bäuerinnen oder Lohnabhängige, wie Männer auch; dabei sind sie von sinkenden Löhnen ebenso betroffen wie Männer. Zweitens sind sie Hausmanagerinnen, als solche dafür zuständig, dass das Essen auf den Tisch kommt, dass die Kleider gewaschen sind, dass die Personen des Haushalts leben können. Preiserhöhungen auf dem Nahrungsmittelmarkt, steigende Energiepreise und Wohnungspreise treffen Frauen daher in diesen Bereichen. Frauen sind als Erzieherinnen, als Pflegerinnen und als Beziehungspersonen von jedem Sozialabbau im Staat sehr stark betroffen; und Frauen sind als Politikerinnen, sei es in der Frauenbewegung oder anderswo, stark betroffen.

Für Lateinamerika oder Afrika lässt sich zeigen, dass die durchschnittliche *Arbeitszeit* der Frauen gestiegen ist. Vielleicht ar-

beiten jetzt Frauen, Bäuerinnen statt zwölf vierzehn Stunden pro Tag. Frauen, die Gewerkschafterinnen waren oder auch in der Frauenbewegung gearbeitet haben, klagen darüber, dass sie überhaupt keine Zeit mehr haben, sich politisch und organisatorisch zu betätigen, weil sie nur damit befasst sind, sich mit dem Überleben zu beschäftigen. Das trifft auch Frauen aus der Mittelklasse.

5. Frauenverachtung in Wirtschaftstheorien

Durch die Verlagerung von immer mehr Entscheidungen in weltordnungspolitische Zentren wie IWF, Weltbank, GATT, die stark vom Norden dominiert sind, spielt auch das wirtschaftspolitische Denken des Nordens eine hervorragende Rolle. Das bei uns und auch in den USA vorherrschende ökonomische Denken ist ein rein monetäres, in dem die Frauen weggedacht oder überhaupt nicht mitgedacht werden. Die herrschende Ökonomie ist frauenverachtend.

Wenn in diesen Wirtschaftstheorien *Frauen* überhaupt vorkommen, dann nicht als wirtschaftlich Tätige, sondern *als soziale Dimension*. Es gibt eine wissenschaftliche Arbeitsteilung: Die Ökonomie ist für das sogenannte Ökonomische zuständig, und es sind vorwiegend Männer, die Ökonomie betreiben. Für Frauenfragen im Süden ist hauptsächlich die Ethnologie zuständig, für Frauenfragen im Norden die Soziologie. Sehen wir uns die Weltbankpublikationen genau an, dann sehen wir, dass Armut nicht mehr als ökonomische, sondern als soziale Frage dargestellt wird, und dass soziale Massnahmen ergriffen werden müssen, obwohl Verhungern wahrscheinlich etwas vom «Ökonomischsten» ist, was es geben kann.

Ein anderer, bereits erwähnter Aspekt der Wirtschaftspolitik von IWF und Weltbank, die ja eine neoliberale Doktrin beinhaltet, ist die *blanke Staatsfeindlichkeit*. Dazu müssen wir feststellen, dass sehr viele Errungenschaften der Frauenbewegung via Staat erfolgt sind, was nicht nur im

Norden, in Schweden oder Dänemark so ist, sondern auch im Süden. Heute wird vielfach die Effizienz des privaten Sektors gegenüber dem Staatssektor gepriesen. Das heisst aber oft, dass Kosten, die dem Staat z.B. im Gesundheitswesen durch die Bezahlung von Krankenschwestern entstehen, reduziert und in den privaten Bereich der Frau abgeschoben werden. Die hohen Arbeits- und Pflegekosten in den Krankenhäusern erscheinen dann in den Statistiken nicht mehr als Kosten. Sie erscheinen aber sehr wohl im Zeitbudget der Frau; Frauen müssen dann diese Arbeit als Gratisarbeit zu Hause leisten.

Ein ganz ähnlicher Prozess findet in der *Ökologie* statt. Es gibt ein sehr interessantes Buch eines führenden Wirtschaftsmanes in der Schweiz über Ökologie. Er schreibt etwa, dass die Kosten der ökologischen Zerstörung von den Unternehmen bezahlt werden müssten. Er sagt auch, die Schulden des Südens sollten nicht mehr bezahlt werden. Was jedoch von ihm völlig vernachlässigt wird, ist die Frage nach der Öffentlichkeit und den demokratischen Entscheidungsprozessen in bezug auf diese Politik. Er fragt nur danach, was die Konzerne tun sollten, um ein bisschen vernünftiger zu sein, aber er fragt nicht mehr nach den Orten, wo eine Politik durchgesetzt werden kann, die der Mehrheit der Bevölkerung und – was uns besonders interessiert – den Frauen dient und die Umwelt nicht zerstört. Ich denke, es gibt zunehmend einen Diskurs, in dem die Menschen nicht mehr vorkommen. Die Natur kommt dann auch höchstens noch so vor wie die Frauen – nämlich als diejenige, die geschädigt wird. Frauen sind immerhin Menschen, Personen, und daher wäre auch die Frage nach dem Mitbestimmungs- und Entscheidungsrecht von Frauen in bezug auf ihre Alltagsrealitäten zu stellen.

Des weiteren findet eine *Naturalisierung der Wirtschaft in der Theorie* statt. Auf einem Seminar in der Schweiz, das von der Universität Bern und der Regierung zur IWF- und Weltbank-Politik veranstaltet wurde, fiel der Satz: «Der Markt ist wahr.» Es wurde also nicht mehr gefragt, wozu

Marktregelungen dienen und wozu sie brauchbar sind. «Der Markt ist wahr», und deshalb ist es das Beste, wenn alles über den Markt geregelt ist, dann haben wir die realistischste Sicht der wahren ökonomischen Verhältnisse, der Preise, der Löhne usw. Das ist die völlige Umkehrung eines wissenschaftlichen Diskurses. Ich nenne das die *Theologisierung der Ökonomie*.

Mit der Naturalisierung der Wirtschaftstheorie werden Wirtschaftskrisen zu einem Teil der Natur, quasi zu einer zweiten Natur. Auch in der Wirtschaftssprache wird sehr viel naturalisiert. Auf den Börsenmärkten wird Klimatologie betrieben. Es steigen z.B. Wolken am Börsenhimmel auf. Oder Börsen werden mit *Frauenkörpern* verglichen und können zum Beispiel unpässlich sein. Oder ein Zitat eines führenden Börsenmaklers: «Wenn ich so am Computer sitze und versuche, die Kurse zu verstehen und meine Geschäfte zu tätigen, dann ist das für mich so faszinierend wie eine Frau, weil ich nie weiss, was mich erwartet, und weil ich immer neue Überraschungen erlebe.» Der Markt wird also als «unberechenbar wie eine Frau» gedacht.

Eine meiner Thesen ist, dass heute die katastrophalen ökonomischen Verhältnisse und auch die katastrophalen Wirtschaftstheorien, die unbrauchbar sind und zu schrecklichen Situationen geführt haben, zunehmend durch *sexistische und rassistische Erklärungen* legitimiert werden. Auf zahlreichen Podien ist mir aufgefallen, dass beim Schlussvotum immer dasselbe passiert. Die Männer, die die Politik von IWF und Weltbank verteidigen, sprechen plötzlich von «*Bevölkerungsexplosion*» und von der «*korrupten Elite*». Die «*Bevölkerungsexplosion*» hat nachweislich nichts, aber auch gar nichts mit Zahlungsbilanzen und mit der Verschuldung der Dritten Welt zu tun. Sie hat nicht einmal etwas mit der globalen Umweltzerstörung zu tun, vielmehr hängt diese mit der Industrialisierung und mit den Konsumverhältnissen im Norden zusammen. Dazu ist das Wort «*Bevölkerungsexplosion*» extrem sexistisch. Die Gebärfähigkeit von

Frauen und die Kinder, die geboren werden, mit einer Explosion – also einem militärischen Ausdruck – zu bezeichnen, ist diskriminierend. Die korrupte Elite existiert zwar, aber damit lässt sich nicht erklären, was auf Weltwirtschaftsebene in den letzten zehn Jahren passiert ist.

Der entscheidende Punkt ist, dass da zwei Diskurse angesprochen werden, die in unserer Gesellschaft schon vorhanden sind, nämlich erstens Frauenfeindlichkeit – «die verrückten Frauen», die «ständig Kinder gebären», werden zum Problem erklärt – und zweitens Rassismus. Was früher während der Kolonialisierung die «faulen Neger» und die «faulen Indianer» waren, das ist heute die «korrupte Elite», die für viele Erklärungen dessen, was sich in ökonomischer Hinsicht tut, herhalten muss. Beliebt ist auch, über die «*fehlende Demokratie*» zu sprechen. In den 70er Jahren diskutierte man in den etablierten Wirtschaftstheorien unter anderem noch darüber, dass Diktaturen im Süden dem Wirtschaftswachstum wesentlich förderlicher seien als Demokratien. Heute verläuft die Argumentation umgekehrt; die fehlende Demokratie wird für das verantwortlich gemacht, was im Süden wirtschaftlich schief gelaufen ist.

Wenn wir über sexistische und rassistische Elemente in den Wirtschaftstheorien reden, dann müssten wir eigentlich auch auf die Grundannahmen der Markttheorien, die Grundaussagen der neoliberalen Wirtschaftstheorien sind, eingehen. Das zugrundeliegende Menschenbild geht vom *Idealtypus des bürgerlichen männlichen Individuums* in unserer Kultur aus, nämlich vom Mann, der unabhängig von irgendwelchen komischen Beziehungsvorstellungen und unabhängig von sozialen Zusammenhängen seinen Nutzen maximiert. Der Nutzen ist in seinen Innereien quasi schon angelegt. Der Mann ist kein soziales Wesen, sondern er überlegt sich immer und überall, wie er seine Interessen wahrnehmen kann. Es ist ein völlig absurdes Menschenbild, das auch auf Männer nicht zutrifft, nur geben sie es nicht zu. Auch sehr viele ökonomische Entscheidungen wer-

den nicht nach Marktüberlegungen getroffen, sondern beruhen auf persönlichen Freundschaften, auf Absprachen mit Geschäftspartnern in Männerclubs. Ich bin der Meinung, dass vor allem der Finanzsektor durch hochgradige Absprachen in gewissen Bereichen gekennzeichnet ist. Immer wird behauptet, Frauen seien zu beziehungsorientiert und würden ständig Zeit mit Beziehungen verlieren. Es gibt Untersuchungen über die Tätigkeit von Managern in Wirtschaftskonzernen. Daraus geht hervor, dass Manager 40 bis 60 Prozent ihrer Arbeitszeit mit Beziehungspflege verbringen. Das wird nur anders ausgedrückt: «Man» nennt es Sitzungen, Public Relations, Mittagessen, Absprachen mit Angestellten, damit die Position des Managers im Konzern garantiert ist.

Überlegungen zu feministischer Politik

Mir ist aufgefallen, dass Frauen in letzter Zeit des öftern gefordert haben, dass sie auf die *Wirtschaftspolitik* Einfluss nehmen müssten. In der EG gibt es z.B. im Vergleich zur Schweiz bessere Gleichstellungsregelungen, aber via Wirtschaftsmechanismen, die mit der Deregulierung zusammenhängen, werden die Wirkungen dieser juristischen Regelungen massiv reduziert. Wir müssten eigentlich auf der makroökonomischen Ebene eingreifen können. Es gibt noch kaum Erfahrungen der Frauenbewegung, wie auf dieser Ebene eingegriffen werden kann; und ich denke, das wird eine der sehr schwierigen Fragen der Frauenbewegung sein, sowie auch für die frauenbewegten Frauen, die im Staatsapparat, in der Öffentlichkeit und in der Politik tätig sind.

Eine Ebene ist, den *Theorien*, die der Politik zugrunde liegen, die wissenschaftliche Respektabilität zu nehmen, die sie wirklich nicht verdienen. Es ist eine unglaubliche Inszenierung von Kompetenz, die hier stattfindet und die eigentlich mehr mit Potenz als mit wissenschaftlicher Kompetenz zu tun hat.

Zum anderen müssen wir dafür sorgen, dass Frauen in Wirtschaftsfragen eine *po-*

litische Kompetenz bekommen. Wir müssen eine Art «Alphabetisierung in Wirtschaftsfragen» für uns alle durchführen. Ich habe beobachtet, dass sehr viele Frauen, ähnlich wie in der Mathematik, völlig blockiert sind, wenn es um Wirtschaftsfragen geht. Es existiert ein Grundgefühl, dass wir Wirtschaftsfragen nicht verstehen können. Meiner Meinung nach hängt das damit zusammen, dass die Wirtschaftstheorien unterschwellig mit einem sexistischen und frauenverachtenden Diskurs gespickt sind. Ökonomiestudentinnen klagen mir gegenüber, sie hätten Kopfweg, und sie könnten die Bücher nicht lesen. Viele Frauen sagen mir, dass sie den Wirtschaftsteil in der Zeitung nicht lesen können. Meiner Meinung nach hat das nicht nur mit fehlenden Kenntnissen zu tun, die jede Frau sich aneignen kann wie anderes Wissen auch, sondern auch mit einer Blockierung, die sehr viel mit sexistischem Diskurs zu tun hat. Wir müssen uns also fragen, was uns denn daran hindert, mehr über Wirtschaft zu wissen.

Eine andere Frage ist, wie wir überhaupt auf wirtschaftspolitischer Ebene handlungsfähig werden. Hierzu habe ich noch sehr wenige Antworten anzubieten. Nach meiner Erfahrung wirbelt es ungeheuren Staub auf, sobald Frauen als Frauen Wirtschaftspolitik zu einem öffentlichen Thema machen und auf diese Art politisch tätig sind. Vielleicht sind Frauenzentren für geschlagene Frauen nicht genug. Vielleicht sollten wir auch Zentren aufmachen, wo darüber geredet wird, wie wir verachtet und beleidigt werden, wenn wir uns Definitionsmacht auch in der sog. grossen Politik anmassen.